

Gewerkschafter im Bundestag

In der Regierung und in der Opposition

Rund ein Drittel der Abgeordneten im Bundestag sind Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. Weder bilden sie einen monolithischen Block noch ein einheitliches Lager. Aber die Konstellation zwischen SPD, Linkspartei und Arbeitnehmern in der CDU/CSU-Fraktion könnte den politischen Spielraum für die Gewerkschaften vergrößern.

Von **Herbert Hönigsberger**

Der Autor arbeitet als Sozialwissenschaftler und Politikberater in Berlin.

Die Fotos zeigen die 14 hauptamtlichen Gewerkschafter im Bundestag, mit denen der Autor gesprochen hat. Die Sternchen hinter dem Namen zeigen – wie im „Kürschner“ – die Zahl der Wahlperioden.

■ Nach jeder Bundestagswahl fahnden Medien und Unternehmensverbände nach den Abgeordneten mit Gewerkschaftsbuch. Der DGB und die Einzelgewerkschaften müssen sich dabei regelmäßig des Verdachts erwehren, im Bundestag gäbe es einen starken, zentral gesteuerten „Gewerkschaftsblock“. Neu ist der Vorwurf nicht. Schon 1957 sah sich ein Autor in den „gewerkschaftlichen Monatsheften“ genötigt, darauf hinzuweisen, dass es „voreilig“ sei und „die Realität nicht treffen“ würde, „wenn von einem einheitlichen ‚Gewerkschaftsblock‘ oder ‚Gewerkschaftsflügel‘ gesprochen würde“. Und heute? „Es gibt weder einen DGB-Block noch gemeinsame Positionen der Funktionäre und Mitglieder zu den großen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Wer einen monolithischen Block unterstellt, weiß nicht um die Wirklichkeit“, sagt Ex-Arbeitsminister Walter Riester. Der muss es schließlich wissen.

Doch wie viele Gewerkschafter sitzen überhaupt im Bundestag? Ihre genaue Zahl zu ermitteln ist gar nicht so leicht. Die meisten Fraktionen sperren sich gegen Auskünfte, und die Einzelgewerkschaften verfahren mit den Mit-

gliederlisten unterschiedlich. Die Öffentlichkeit ist auf das angewiesen, was die Abgeordneten im maßgeblichen Volkshandbuch Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, dem „Kürschner“, offenbaren. Darin bekennen sich 178 der insgesamt 614 Mitglieder des Bundestages zu einer DGB-Gewerkschaft. Die Selbstauskünfte einiger Abgeordneter wecken zudem leise Zweifel. So behaupten einige, immer noch Beiträge an die ÖTV, HBV oder die Gewerkschaft Bau-Steine-Erden (IG BSE) zu entrichten. Strammes Gewerkschaftertum jedenfalls signalisiert das nicht.

Die tatsächlichen Zahlen sind höher als im „Kürschner“ ausgewiesen. So kennt die Redaktion des DGB-Informationsdienstes „einblick“ rund 40 Gewerkschaftsmitglieder mehr als der „Kürschner“ – und Wolfgang Pege, der ausgewiesene Fachmann, auf dessen Recherchen auch das „Datenhandbuch des Deutschen Bundestages“ zurückgreift, weiß von weiteren zehn. Ein realistischer Näherungswert für die 16. Wahlperiode sind 221 Abgeordnete mit DGB-Gewerkschaftsbuch. Das entspricht 36 Prozent aller Abgeordneten, so viel wie in den vier Jahren zuvor und ein Anteil ähnlich wie während der 60er Jahre.

SPD-Fraktion

Walter Riester**	Andreas Steppuhn*	Anton Schaaf**	Franz Thönnies****
			
„Die Wirklichkeit wahrzunehmen, wie sie sich radikal verändert: – das vermisste ich bei Teilen von Politik und Gewerkschaft.“	„Opposition ist Mist. Beim Vertreten der Arbeitnehmerinteressen sind mir die Wege erst mal egal.“	„Mir ist lieber, dass Sozialdemokraten verantwortlich sind in diesem Lande als andere.“	„Mit der größte Erfolg der Koalitionsverhandlungen ist: Die Tarifautonomie bleibt gewahrt.“
62, Fliesenleger, bis 1998 Zweiter Vorsitzender der IG Metall, Bundesminister a. D.	44, Stahlbetonbauer, hauptamtliches Mitglied im Bundesvorstand der IG BAU	44, Maurer, Mitglied bei ver.di und seit 2000 Betriebsratsvorsitzender der Mülheimer Entsorgungsgesellschaft mbH	51, Industriekaufmann, Mitglied der IG BCE, bis 1994 Geschäftsführer der IG CPK, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Eine DGB-Mehrheit gab es nie. Selbst in der legendären 7. Wahlperiode von 1972 bis 1976 waren 49 Prozent der Parlamentarier Mitglied einer DGB-Gewerkschaft und damit ganz knapp in der Minderheit – der Anteil war zugleich der höchste aller Zeiten. Zusammen mit den Mitgliedern von CGB, Beamtenbund und kleineren Verbänden waren damals immerhin 54 Prozent der Abgeordneten Teil eines fiktiven Arbeitnehmerflügels.

In zwei Fraktionen ist die Mehrheit gewerkschaftlich organisiert

Von den DGB-Gewerkschaftern im aktuellen Bundestag konzentrieren sich 73 Prozent (161 Abgeordnete) auf die SPD-Fraktion: Die Linke stellt 16 Prozent (36 Abgeordnete) – die restlichen elf Prozent verteilen sich auf die Grünen (13 Abgeordnete), die CDU (10) und die FDP (ein Abgeordneter). Damit sind noch immer fast drei Viertel der SPD-Fraktion Mitglied einer DGB-Gewerkschaft, in der Linksfraktion sind es zwei Drittel, die Grünen kommen

auf ein Viertel. Nur in zwei der fünf Fraktionen gibt es eine Mehrheit gewerkschaftlich Organisierter. Wenig überraschend sind auch die Kräfteverhältnisse der Gewerkschaften untereinander. Im Bundestag dominieren die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes: Auf ver.di, die Lehrgewerkschaft GEW und die Polizeigewerkschaft GdP entfallen 66 Prozent der organisierten Bundestagsmitglieder, auf die klassischen Industriegewerkschaften IG Metall und IG BCE knapp 30 Prozent.

Über den Einfluss der Gewerkschaften im Parlament hat freilich noch nie die pure Masse entschieden. Politik machen Personen, die persönliches Ansehen und Glaubwürdigkeit einbringen – Vorstände, Hauptamtliche, die ihrer Gewerkschaft besonders verpflichtet sind, Gewerkschafter, die in Parlament und Regierung an Schalthebeln platziert sind. Doch gerade mal um die 30 Hauptamtliche sitzen im Parlament – fast die Hälfte sind oder waren Funktionäre oder freigestellte Betriebsräte der IG Metall. Die ranghöchsten Gewerkschafter im aktuellen Bundestag sind der ehemalige zweite Vorsitzende der IG Metall, Walter Riester, und Andreas Steppuhn, hauptamtliches →

SPD-Fraktion

Josip Juratovic*	Martin Burkert*	Klaus Brandner***	Volker Blumentritt*
			
„Als Strategie zu lancieren, wir sind für eine gerechte Umverteilung, reicht heute nicht mehr.“	„In der letzten Periode hat es Gewerkschafter und Sozialdemokraten innerlich zerrissen.“	„Die Novelle der Betriebsverfassung war eine große Reform. Sie bleibt, wie sie ist.“	„Die PDS hat ihre Seele zugunsten einiger Leute verkauft, die politisch abgeschrieben waren.“
47, Kfz-Mechaniker, Mitglied der IG Metall und bis 2005 Betriebsrat bei Audi Neckarsulm	41, Beamter, Gewerkschaftssekretär bei Transnet	57, Elektromechaniker, Erster Bevollmächtigter und Geschäftsführer der IG Metall Gütersloh	59 Jahre, Koch, ver.di-Mitglied und bis 2003 Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Mitropa AG

→ Mitglied des IG-BAU-Bundesvorstandes. Zwei Hauptamtliche, die es weit gebracht haben, sind die beiden parlamentarischen Staatssekretäre im Ministerium für Arbeit und Soziales: Gerd Andres, der frühere Sekretär beim Hauptvorstand der IG CPK, der Vorläuferorganisation der IG BCE, und Franz Thönnies, der für diese Gewerkschaft Bezirkssekretär und hauptamtlicher Geschäftsführer in Hamburg war. Gewerkschaftsmitglieder laut „Kürschner“ sind auch die Minister Gabriel, Müntefering, Schmidt, Steinbrück, Wiczorek-Zeul und Zypries.

Doch das ist kein Vergleich zum machtpolitischen Höhepunkt während der sozialliberalen Koalition in der 7. Wahlperiode, in der unter anderem das 76er Mitbestimmungsgesetz verabschiedet wurde. Zwei amtierende Vorsitzende saßen damals im Plenum – Adolf Schmidt für die IG BE, und Philipp Seibert für die Eisenbahngewerkschaft GdED – dazu drei ehemalige: Heinz Frehsee für die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF), Georg Leber, bis 1966 IG-BSE-Chef, und Walter Arendt, der frühere Vorsitzende der IG BE. Zusätzlich drückten zwei Vorsitzende in spe schon die Bundestagsbänke, der Eisenbahner Ernst Haar und der Chemie-Gewerkschafter Hermann Rappe. Leber und Arendt waren zugleich auch Minister, wie auch Kurt Gscheidle, der zuvor stellvertretender Vorsitzender der Postgewerkschaft war. Der letzte Vorsitzende einer Einzelgewerkschaft, der

im Bundestag saß, war Klaus Wiesehügel von der IG BAU. Er schied 2002 aus dem Parlament aus.

Wiesehügel ist ein Exempel für die Dialektik von Ämterzuwachs und Machtverlust. Womöglich haben die Vorsitzenden gelernt, dass das Bundestagsmandat ihre Durchsetzungskraft eher mindert und kaum zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten zu gewinnen sind. Jedenfalls begnügen sich selbst die Gewerkschaften aus den staatsnäheren Branchen und mit höherem politischem Interventionsbedarf mit weniger Vorstandspräsenz im Parlament als früher.

Gewerkschaftsfunktionären, die heute über die SPD in den Bundestag wollen, werden keine Girlanden mehr geflochten. Sie müssen sich Autorität und Ansehen in örtlichen Parteistrukturen erarbeiten wie alle anderen. Und die Machtkonstellationen von der lokalen Kür der Kandidaten bis zur Besetzung von Posten in den Fraktionen sind für eine zentrale Steuerung aus den Gewerkschaftszentralen viel zu komplex. Auch die Verhältnisse im DGB selbst und zwischen den Einzelgewerkschaften sind so diffizil, dass eine systematische Verständigung über die strategische Platzierung von Kandidaten schwer fällt. Anrufe, wie früher bei Brandt und Vogel, funktionieren auch nicht mehr. Da ist die WASG übersichtlicher.

So schälen sich bei SPD und Linksfraktion zwei Grundmuster des Marsches durch die Institutionen heraus. Langjähriges Engagement in den Kommunen, oft auch in der

Arbeiterwohlfahrt, wie es 60 Prozent der SPD-Abgeordneten vorweisen können, gehört zur sozialdemokratischen Ochsentour, der sich auch Gewerkschafter wie Volker Blumentritt, Martin Burkert oder Anton Schaaf unterzogen haben. Gewerkschafter in der Linksfraktion, wie den Düsseldorf IG-Metall-Funktionär Hüseyin-Kenan Aydin oder den ehemaligen Thüringer DGB-Vorsitzenden Frank Spieth dagegen haben Widersprüche zwischen Gewerkschaftsprogrammatik, betrieblichem Alltag und sozialdemokratischer Regierungspraxis in die Gründung der WASG hinein, manche auch aus der Sozialdemokratie heraus getrieben. Die DGB-Regionsvorsitzende Sabine Zimmermann saß noch 2004 für die SPD im sächsischen Landtag, der IG-Metall-Bevollmächtigte Klaus Ernst war 30 Jahre in der SPD. Für viele sozialdemokratische Gewerkschafter ist der Weg in den Bundestag zwingende und folgerichtige Fortsetzung ihres Engagements in Gewerkschaft und Kommunalpolitik. Für die Gewerkschafter der WASG ist der Weg in die Linksfraktion oft ein massiver Bruch mit der eigenen politischen Vergangenheit und der Versuch, an einer konsistenten Biografie zumindest als Gewerkschafter festzuhalten. Andere, wie Ulla Lötzer, haben schon früher für die PDS optiert.

Die konträren Biografien und Wege ins Parlament erklären das teilweise abgrundtiefe Misstrauen, die Bitterkeit, die gerade zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern der Linksfraktion einerseits und der SPD-Fraktion andererseits herrscht. Da werfen sich die Kontrahenten im Hintergrundgespräch wechselseitig Verrat an der Gewerkschaftsprogrammatik und der Einheit der Arbeiterbewegung vor. Da wird an lange zurückliegende und jüngst vergangene Geschichte erinnert: Utopismusvorwurf hier, Opportunismusverdacht dort. Die politische Konkurrenz verschärft die Tonlage zusätzlich. Doch wurde der Metaller und Audi-Betriebsrat Josip Juratovic auch schon mal im eigenen Verbandsorgan des Neoliberalismus verdächtigt. Trotz alledem grüßt man sich in den Fluren des Reichstages, spricht in den Ausschüssen miteinander, hält man in Sachfragen gemeinsame Aktivitäten für möglich, ja kann sich sogar vorstellen, unter Regie des DGB gewerkschaftliche Strategien zu Einzelthemen zu besprechen.

Doch ein Gewerkschaftsblock sieht so nicht aus. Die Konstellation im Parlament hilft auch nicht, Gräben zuzuschütten. Die SPD-Gewerkschafter vertreten soziale Interessen in der Regierungskoalition, die der Linkspartei in der Opposition. Kalküle in der Linkspartei, die SPD und ihre Gewerkschaftsabgeordneten durch Anträge in Glaubwürdigkeitsnotstände zu bringen, die Gewerkschaftsprogrammatik eins zu eins in Bundestagsanträge zu übersetzen,

drängen sich in der Opposition geradezu auf. Die Sozialdemokraten allerdings dürften diese Entlarvungsversuche auf Dauer nicht als Beitrag zu gemeinsamer Interessenvertretung deuten.

Die Logik der Politik, des allgemeinen Interessenausgleichs, mit der Logik der Vertretung besonderer Interessen in Einklang zu bringen war ohnehin seit jeher ein Problem aller Gewerkschafter, die die parlamentarische Bühne betreten haben. Das Mandat zur Interessenvertretung stammt von den Mitgliedern, das Mandat im Bundestag stammt vom Volk. Abgeordnete sind laut Artikel 38 GG Abgeordnete des ganzen Volkes. Gewerkschafter vertreten die Interessen eines Teils. Als Interessenvertreter speisen sie besondere Interessen in den politischen Prozess ein. Als Teil der politischen Klasse gleichen sie diese besonderen Interessen mit anderen ab, schreiben sie in einem Kompromiss fest und verteidigen das Resultat. Man steht als Interessenvertreter quasi sich selbst als Volksvertreter gegenüber. Die alten Hasen Brandner, Thönnies oder Romer haben jeder für sich einen Pfad entdeckt, auf dem sie diese konträren Logiken ausbalancieren können. Die Neuen fahnden noch nach einem Weg.

Die Koalitionäre suchen nach Gemeinsamkeiten

Mehr als ein fiktiver Gewerkschaftsblock über die Regierungs- und Oppositionsgrenzen hinweg lockt pragmatische SPD-Gewerkschafter die Chance auf einen realen Arbeitnehmerflügel in den Regierungsfractionen. Allerdings →

Unterschiedlich starke Bande

Abgeordnete im 16. Deutschen Bundestag
in absoluten Zahlen

Fractionen	Abgeordnete	davon Mitglieder in einer DGB-Gewerkschaft
CDU/CSU	226	10
SPD	222	161
FDP	61	1
Die Linke	54	36
Bündnis 90/Die Grünen	51	13
	614	221

Quelle: Kürschner, eigene Recherche

Fraktion Die Linke

Frank Spieth*



„1998 bestand im Osten die Hoffnung, die Situation zu drehen. Eine große Enttäuschung war, dass das nicht geschah.“

59, Technischer Zeichner, bis Anfang 2006 DGB-Landesvorsitzender Thüringen

Sabine Zimmermann*



„Ich bin nicht aus der SPD ausgetreten, sondern die SPD hat mich verlassen. Und sie hat ihre Wurzeln verloren.“

45, Baustofftechnologin, Vorsitzende der DGB-Region Vogtland/Zwickau

Ulla Lötzer**



„Wir brauchen Mitbestimmung für Beschäftigungssicherung und eine Genehmigungspflicht für Massenentlassungen.“

56, Buchhändlerin und Betriebswirtin, ver.di-Mitglied und Gewerkschaftssekretärin

Klaus Ernst*



„Der neoliberale Regierungskurs hat die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften geschwächt.“

52, Elektrotechniker, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurth

Hüseyin-Kenan Aydin*



„Die Gewerkschaften haben geglaubt, sich gegen die Agenda 2010 mit Gesprächen mit der Regierung durchsetzen zu können.“

43 Jahre, Stranggießer, seit 2003 Gewerkschaftssekretär der IG Metall Düsseldorf

→ sind die Abgeordneten mit Gewerkschaftsbuch auch da mit 38 Prozent eine Minderheit. Selbst zusammen mit rund 50 Abgeordneten aus CGB, DBB etc. werden es nicht mehr als 49 Prozent. Das ist etwas mehr als zu Zeiten der ersten großen Koalition. Erst wenn man die zahlreichen CDA- und CSA-Mitglieder ohne irgendeine gewerkschaftliche Bindung hinzurechnet, ergibt sich rechnerisch eine Mehrheit für einen Arbeitnehmerflügel. Von den großen Arrangements und historischen Kompromissen, die die neue Koalition bewerkstelligen könnte, sind viele Gewerkschafter in der SPD fasziniert. Es lassen sich aber auch nüchterne Gründe für die großkoalitionäre Präferenz anführen. Die Sicherung und Stabilisierung von Betriebsverfassung und Mitbestimmung, wie Klaus Brandner, Franz Thönnies und andere betonen, das Aus für ein neoliberale Projekt vom Zuschnitt von Schwarz-Gelb.

Vor allem den hauptamtlichen Gewerkschaftern hilft, was sie über den Alltag in Betrieben, Städten und Familien wissen. Ihre Erzählungen stecken voller Einsichten über

antagonistische Kooperation, über Verhandeln und Kompromiss in Konstellationen struktureller Dauerkonfrontation und darüber wie man gemeinsam mit Konfliktpartnern Win-win-Situationen erzeugt. Über vergleichbare Erfahrungen aus dem gesellschaftlichen Alltag verfügen längst nicht alle Abgeordneten. Uplötzlich kommt dieses Know-how der Großen Koalition zugute. So wird allenthalben spekuliert, ob sich der Ausschuss für Arbeit und Soziales zusammen mit dem Haus des Vizekanzlers zu einem Hort der Arbeitnehmerinteressen entwickeln kann. Von den 36 Mitgliedern des Ausschusses sind 16 in einer DGB-Gewerkschaft, darunter vier Hauptamtliche: Klaus Brandner, Anton Schaaf und Andreas Steppuhn für die SPD, Werner Dreibus für die Linkspartei. Zehn Gewerkschafter gehören der SPD an, einer der CDU. Auch alle drei Ausschussmitglieder der Linkspartei und zwei der Grünen sind Gewerkschaftsmitglieder. Je ein Abgeordneter von CDU und SPD ist Mitglied im Beamtenbund, und ein CSUler kommt vom CGB. Neun weitere CDU/CSU-

CDU-Fraktion

Franz Romer*****



„Das Klima im Ausschuss für Arbeit und Soziales ist gut.“

64, Mechaniker, Mitglied der IG Metall und der CDA, bis 1998 Betriebsratsvorsitzender der Lindenmaier AG in Laupheim

Vertreter kommen von CDA und CSA. Die personifizierte Schnittmenge ist Franz Romer, CDU, Ex-Betriebsrat, IG-Metall- und CDA-Mitglied.

Mehr spezialisierte Professionalität

Erstmals seit 40 Jahren regiert eine große Koalition – und erstmals seit dem Verschwinden der KPD sitzen wieder zwei Fraktionen im Bundestag, die ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften von links her definieren: Gewerkschafter im Regierungslager und in der Opposition. Für DGB und Einzelgewerkschaften bieten diese neuen Konstellationen eine beträchtliche Erweiterung des Handlungsspielraums. Die Vorsitzenden jedenfalls touren in diplomatisch wohlgeordneter Abfolge durch Fraktionsvorstände und Fraktionen.

Die DGB-Spitze frühstückt regelmäßig mit gewerkschaftlich interessierten Abgeordneten der SPD-Fraktion, sie führt den „Sozialen Dialog Berlin“ mit Mitgliedern aller

Fraktionen, gibt den Mai-Empfang und bietet den „Suppentermin“ für Mitarbeiter der Parteien und Fraktionen an. Die Einzelgewerkschaften laden zu parlamentarischen Abenden ein. Die SPD-Fraktion organisiert umgekehrt Betriebsratskonferenzen. Aber auch die AfA-Treffen dienen der Verständigung. Immerhin sitzt der Vorstand dieser SPD-Arbeitsgemeinschaft zu dritt in der Fraktion. Viele Gewerkschaftsabgeordnete organisieren sich in der parlamentarischen Linken der SPD.

Die Art der Vernetzung erinnert an klassischen Lobbyismus. Und in der Tat: Die Gewerkschaften sind auf dem Weg zu einem normalen Interessenverband, der allerdings noch von seinen traditionellen Positionen im Korporatismus der Bundesrepublik zehrt. Doch selbst die mythische Beziehung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie unter dem Dach der Arbeiterbewegung verwandelt sich in normale, wenngleich besonders intensive Lobbykontakte. Die Gründe sind nicht nur Mitgliederschwund und Machterosion, sondern auch eine stärkere Ausdifferenzierung der Aufgaben von Parteien und Interessenvertretung und mehr spezialisierte Professionalität auf beiden Seiten.

Die erfahrenen Lobbyisten der Gewerkschaften wissen, dass der Kontakt zu den maßgeblichen Fachabgeordneten, zu den Vorsitzenden der Ausschüsse, die bei interessierenden Gesetzen federführend sind, entscheidender ist als der Rückgriff auf einen minoritären Gewerkschaftsblock. Immer noch kommt es für gewerkschaftliche Interessenvertretung auf eine Mehrheit von Abgeordneten des Regierungslagers an. Umgekehrt zwingt die neue Konstellation auch die Kanzlerin, ihre Beziehungen zu den Gewerkschaften zu prüfen. Über schlechtere Kontakte als zu Schröder beklagt sich niemand. Wohl dosiert allerdings könnte auch ein abgeklärtes Bandenspiel nicht nur einige Gewerkschaftsabgeordnete, sondern auch die Strategen in den Gewerkschaftszentralen reizen. Hinweise in parlamentarischen Drucksachen der Opposition, dass es auch anders geht, als es aus den Ministerien kommt, könnten den Koalitionsgewerkschaftern mitunter durchaus weiterhelfen. ■

Fotos: Aktion Mensch, CDU, Deutscher Bundestag, Lissy Gröner, Linkspartei, picture alliance, plhage, privat, SPD